

# Diskrete Geldverschiebung

## Sechs Milliarden EU-Subventionen fließen pro Jahr in die deutsche Landwirtschaft. Hauptnutznießer sind hochrationalisierte Agrarfabriken

*Von Rainer Balcerowiak*

Mehr Transparenz bei den Agrarsubventionen fordert ein Bündnis aus 21 Organisationen, das sich am Dienstag in Berlin auf einer Pressekonferenz vorstellte. Beteiligt sind unter anderem Umweltorganisationen wie BUND, NABU, WWF und Greenpeace, entwicklungspolitische Gruppen wie Oxfam und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

### Ungerechte Verteilung

40 Milliarden Euro werden von der EU pro Jahr für drei Bereiche der Agrarförderung ausgegeben. Davon entfallen sechs Milliarden auf Deutschland. Die Mittel verteilen sich auf drei Säulen, wie es die EU-Bürokraten nennen. Die Direktzahlungen (erste Säule) machen den Löwenanteil aus. Sie richten sich maßgeblich nach der Größe der Betriebe und der Art der Nutzung. Das Bündnis kritisiert besonders, daß weder ökologische noch soziale Kriterien bei den Subventionen ausreichend berücksichtigt werden. Hochrationalisierte, flächenstarke Betriebe würden mit bis zu 120000 Euro pro Arbeitsplatz bezuschußt, während personalintensive Ökogroßbetriebe wie beispielsweise im brandenburgischen Brodowin mit einem Bruchteil dieser Summe auskommen müßten, erläuterte der EU-Parlamentarier der Grünen und Sprecher der AbL, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

Laut der aktuellen Statistik erhalten 0,5 Prozent der Betriebe mehr als 300000 Euro pro Jahr und damit insgesamt über zwanzig Prozent aller Direktzahlungen. Dagegen müssen 70 Prozent der Betriebe mit weniger als 10000 Euro und insgesamt nur 25 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel vorliebnehmen.

Für arbeitsintensive und qualitätsorientierte Landwirtschaft bedeute dies eine »ungeheure Wettbewerbsverzerrung«, so der AbL-Sprecher. Betriebe, die sich für den Erhalt oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze engagieren, würden regelrecht bestraft. Erschwerend kommt ein »Geburtsfehler« bei der Umstellung der EU-Subventionen von produkt- auf betriebsbezogene Förderung im Jahr 2004 dazu. Noch bis 2012 erhalten auch Betriebe mit intensiver Tierhaltung und entsprechend hoher Produktion einen Extrabonus. Nicht ohne Bitterkeit vermerkte Graefe zu Baringdorf, daß »ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung die von der EU-Kommission vorgeschlagene Kappungsgrenze von 300000 Euro pro Betrieb blockiert hat«.

Die Neujustierung der EU-Agrarpolitik beim letzten EU-Gipfel im Dezember hat diese Situation noch verschärft. So wurden die als zweite Säule bezeichneten Mittel für die Entwicklung ländlicher Räume, unter anderem für Agrarumweltprogramme, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete und Fördergelder für den Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen, drastisch gekürzt. Besonders Bundesländer mit überwiegend kleinteilig strukturierter Landwirtschaft wie Bayern und Baden-Württemberg müßten mit Einbußen von bis zu 40 Prozent der Mittel rechnen, so die Agrarreferentin bei der WWF, Tanja Dräger de Teran.

Diese Marktverzerrungen erlauben es besonders hochsubventionierten Großbetrieben, mit Dumpingpreisen zu agieren. Dadurch wird zum einen auf nationaler Ebene das Höfesterben

beschleunigt. Auf dem Weltmarkt können deutsche Erzeuger- und Verarbeitungsbetriebe noch zusätzlich auf die dritte Säule der EU-Gelder bauen – die Exportsubventionen. Entwicklungspolitische Organisationen wie Oxfam kritisieren, daß dadurch die Existenz von Millionen Kleinbauern in ärmeren Ländern bedroht wird, die auf den eigenen Märkten nicht mit den hoch subventionierten EU- und USA-Produkten konkurrieren könnten.

## **Transparenz gefordert**

Dem Bündnis geht es nach eigenem Bekunden nicht um die massive Kürzung oder gar Abschaffung der EU-Agrarsubventionen. Erhalt und Weiterentwicklung der ländlichen Räume und ihrer sozialen Struktur seien in den meisten EU-Ländern ohne öffentliche Unterstützung nicht möglich, betonte Graefe zu Baringdorf. Man verlange zunächst einmal Transparenz über die Verwendung der Mittel. Derzeit würden der Bund und die Länder diese Offenlegung strikt verweigern. So habe die Bundesregierung eine Anfrage der Linksfraktion zur Verteilung der Agrarsubventionen unter Verweis auf angeblich nicht vorhandene Daten abgeblüht. In anderen Ländern, wie beispielsweise Dänemark, Schweden und Irland, werden entsprechende Informationen seit einiger Zeit veröffentlicht, was zu einer regen öffentlichen Diskussion über den Sinn bestimmter Förderungsinstrumente geführt habe, so die WWF-Agrarexpertin. Denn abgesehen von den EU-Richtlinien gebe es durchaus nationale Spielräume beim Einsatz der Mittel, beispielsweise bei der Kopplung von Zahlungen an die Erfüllung von sozialen und Umweltkriterien.

Das Bündnis fordert daher von der Bundesregierung, die Verteilung der Direktzahlungen nach Betriebsgröße und -art wenigstens anonymisiert offenzulegen. Politisches Ziel sei es, »öffentlich zu machen, wer wirklich von Agrarsubventionen profitiert und welche gesellschaftlichen Leistungen dafür erbracht werden«, heißt es in der gemeinsamen Erklärung vom Dienstag. Man wolle eine »grundlegende Debatte über die Förderziele der Subventionen anstoßen« und die »soziale und ökologische Qualifizierung« der Agrarpolitik vorantreiben. Falls sich die Behörden in bezug auf Informationen weiter stur stellen, werde man auch eine Klage auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes prüfen, betonten die Initiatoren.

Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2006/03-08/001.php>

(c) Junge Welt 2006

<http://www.jungewelt.de>